

TISA: Worum geht es?

European United Left • Nordic Green Left

EUROPEAN PARLIAMENTARY GROUP



GUE/NGL

www.guengl.eu

TIP & TISA
RIGHTS ARE NOT
FOR SALE

European United Left • Nordic Green Left



GUE/NGL
www.guengl.eu





TISA: Worum geht es?

Mehr Privatisierung, weniger gesetzliche Regulierung und höhere Gewinne für Unternehmen.

2012 nahmen einige der einflussreichsten Länder – die sogenannten „Really Good Friends [of Services]“ – geheime Verhandlungen auf, um die Privatisierungsvorhaben der großen internationalen Unternehmen im Dienstleistungsbereich durchzusetzen.

TISA soll wie andere internationale Handelsabkommen (TTIP, CETA, TPP) zu einem starken Wachstum des Welthandels führen. Diesmal geht es dabei um Dienstleistungen, einen Bereich, zu dem Bildung, öffentliche Verkehrsdienstleistungen, Gesundheitsfürsorge und Krankenversicherungen, Energieversorgung, Postzustelldienste, Telekommunikation, Abwasserentsorgung, Baudienstleistungen, Luft- und Seeverkehr, elektronischer Handel, Buchführung, Ingenieurwesen, Beratung und Finanzdienstleistungen gezählt werden – insgesamt etwa 74 % der Wirtschaft des Euroraums. Die TISA-Verhandlungen folgen größtenteils dem Plan der Unternehmen, Handelsabkommen zu verwenden, um Staaten zu extremen Liberalisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen zu verpflichten, damit die Gewinne der Unternehmen gesteigert werden – auf Kosten der Arbeitnehmer*, Landwirte*, Verbraucher* und der Umwelt.

TISA ist das direkte Ergebnis einer systematischen Interessenvertretung durch in den Wirtschaftszweigen Banken, Energie, Versicherung, Telekommunikation, Verkehr, Wasser, Bauwirtschaft und anderen Dienstleistungsbereichen tätige internationale Unternehmen, die über Lobbyverbände Einfluss ausüben. TISA ist das Geschenk, das die politischen Eliten den Unternehmen nach der fehlgeschlagenen „WTO-Millenniumsrunde“ versprochen haben.

Warum müssen wir TiSA stoppen?

1. Mit TiSA droht die Privatisierung vieler öffentlicher Dienstleistungen

Die einzigen Dienstleistungen, die hiervon ausgenommen sind, sind Dienstleistungen, „die zur Ausübung staatlicher Hoheitsrechte und nicht auf kommerzieller Grundlage und nicht in einem Wettbewerb zu einem oder mehreren Dienstleistungsanbietern erbracht werden“. Tatsächlich werden mit diesen Vorschriften nur einige wenige öffentliche Dienstleistungen wie Verwaltung und Justiz oder Polizei von einer Privatisierung ausgenommen, wogegen wichtige öffentliche Aufgaben wie Bildung oder Gesundheitsfürsorge nicht unter diesen Ausnahmetatbestand fallen.

Daher ist die geltende Garantie für öffentliche Dienstleistungen illusorisch und TiSA würde, wie in den an die Öffentlichkeit geratenen Texten deutlich wird, in einem noch nie dagewesenen Ausmaß Druck auf die Regierungen ausüben, die Märkte für Dienstleistungen zu liberalisieren und öffentliche Dienstleistungserbringer dazu zu zwingen, zu den gleichen Bedingungen wie private Anbieter an Bieterwettbewerben teilzunehmen. Dies muss dazu führen, dass öffentliche Dienstleistungen nach den Regeln des Marktes erbracht werden, also unter Missachtung ihrer Eigenschaften als universelle, allgemein zugängliche und auf Solidarität beruhende Dienste.

2. Mit TiSA soll den Staaten eine Zwangsjacke angelegt werden

Mit den Stillhalteklauseln und Ratchetklauseln von TiSA wird den nationalen Regierungen, die dieses Abkommen unterzeichnen, die Möglichkeit genommen, neue Gesetze zu verabschieden oder alte Gesetze wieder einzuführen, die die öffentliche Erbringung von Diensten vorsehen.





Alle Artikel von TISA, die sich auf den „Marktzugang“ beziehen, verwenden eine Logik der Positivisten. Es sind also nur die Wirtschaftsbereiche, die explizit genannt werden, von den Vorschriften des Vertrags betroffen. Sobald aber ein Wirtschaftsbereich in die Positivliste aufgenommen ist, gibt es keinen Ausweg mehr aus der Verpflichtung zur Liberalisierung. War ein bestimmter Wirtschaftsbereich zum Zeitpunkt der Unterzeichnung von TISA liberalisiert, so wäre – auch wenn sich später die sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge verändern und Schutzmaßnahmen erforderlich würden – die Einführung von Regulierungsmaßnahmen durch die Regierung unter TISA nicht möglich. Eine Veränderung der gesellschaftlichen Grundhaltung gegenüber einem bestimmten Thema oder ein Regierungswechsel nach einer Wahl wäre ebenfalls kein legitimer Grund, eine einmal eingegangene Liberalisierungsverpflichtung wieder aufzuheben.

Walmart hat dem Handelsbeauftragten der USA deutlich erklärt, dass mit TISA „Beschränkungen hinsichtlich der Fläche der Ladengeschäfte, ihrer Anzahl oder Lage“ sowie „Einschränkungen hinsichtlich des Warensortiments (audiovisuelle Medien, Tabakwaren, Lebensmittel, Arzneimittel, Kosmetika etc.)“ aufgehoben werden sollten.

Dies alles wird dadurch noch zusätzlich verkompliziert, dass der für den „Marktzugang“ verwendete Ansatz einer Positivliste mit einer Negativliste hinsichtlich der Vorschriften zur „Inländerbehandlung“ kombiniert wird. Eine „Negativliste“ ist wesentlich gefährlicher, denn damit werden alle Wirtschaftszweige der Vorschrift zur „Inländerbehandlung“ unterworfen, es sei denn, sie werden ausdrücklich davon ausgenommen. Da außerdem eine Dienstleistung ausdrücklich aufgeführt werden muss, um von den Regelungen ausgenommen zu sein, müsste eine Regierung eine erst in Zukunft entstehende Dienstleistung voraussehen und benennen, noch bevor sie tatsächlich erbracht wird;

andernfalls sind neu entstehende Dienstleistungen automatisch von dem Moment ihrer Entstehung an der Liberalisierung unterworfen.

Unterliegt ein Wirtschaftszweig den Vorschriften zur „Inländerbehandlung“, so müssen alle ausländischen Unternehmen genauso behandelt werden wie inländische Dienstleister. Als wäre es noch nicht schlimm genug, dass alle Sonderregelungen für Unternehmen vor Ort oder für nachhaltig arbeitende Unternehmen verboten werden, bezieht sich diese Art von Vorschriften gewöhnlich sowohl auf die „direkte“ als auch auf die „indirekte“ Diskriminierung ausländischer Unternehmen. Der Begriff „indirekte Diskriminierung“ ist sehr umfassend und ein Unternehmen mit ausreichenden Lobbykapazitäten kann in Bezug auf praktisch jede Art von Maßnahmen behaupten, dass diese eine indirekte Diskriminierung ausländischer Unternehmen darstellen. Ein bekanntes Beispiel für ein Unternehmen, das erklärte, gegenüber inländischen Dienstleistern diskriminiert zu werden, und das diesbezügliche Verfahren gewonnen hat, ist SD Meyers, das gegen den kanadischen Staat klagte:

Nachdem Kanada das Basler Übereinkommen ratifiziert hatte, das vorsieht, gefährliche Abfälle in ihrem Herkunftsland zu entsorgen, hat Kanada die Ausfuhr giftiger PCB-Abfälle verboten. Dieses Verbot galt für jedes Unternehmen, das in dem Land tätig ist. Das US-amerikanische Abfallentsorgungsunternehmen SD Meyer reichte im Rahmen von NAFTA - einem Handelsabkommen zwischen Kanada, der USA und Mexiko - Klage ein und der kanadische Staat wurde dazu verurteilt, 10,2 Mio. € plus Zinsen zu zahlen.





3. Mit TiSA werden die Möglichkeiten souveräner Staaten eingeschränkt, ihre eigenen Kriterien für die öffentliche Beschaffung festzulegen

TiSA schränkt die Möglichkeit von Regierungen ein, Dienstleistungen verantwortungsbewusst zu erwerben. Immer wenn eine lokale oder regionale Gebietskörperschaft oder eine nationale Regierung eine Dienstleistung erwerben will, muss sie das Beschaffungsverfahren für Unternehmen aus dem Ausland öffnen. Da alle im Verfahren angewandten Kriterien quantitativ bestimmt sein sollten, würde das Kriterium des Preises Vorrang gegenüber anderen, wie Auswirkungen auf die Umwelt oder die Gesellschaft erhalten. Es ist dann rechtlich nicht mehr möglich, örtlichen Unternehmen, kleinen oder mittleren Unternehmen, staatlichen Unternehmen oder Unternehmen, die mit höheren ethischen Standards arbeiten, Vorrang zu gewähren.

So wird es Großunternehmen ermöglicht, Monopolstellungen über ganze Wirtschaftsbereiche aufzubauen, wenn örtliche Unternehmen für den Konkurrenzkampf mit ihnen noch nicht bereit sind. Diese kleineren Unternehmen werden in ihrem Bestehen gefährdet, was zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führt.

4. TiSA gefährdet unsere Arbeitnehmerrechte

Mit TiSA wird ein Binnenmarkt für Dienstleistungen zwischen der EU und den anderen Unterzeichnerstaaten des Abkommens geschaffen. Einige der Staaten, die an den TiSA-Verhandlungen teilnehmen, haben die Kernarbeitsnormen der Internationale Arbeitsorganisation (ILO) nicht ratifiziert, so dass in diesen Ländern die Arbeitskräfte „billiger“ sind. Damit wird es zu einem Trend der Absenkung der Arbeitsnormen kommen, da sich die Unternehmen in Europa für niedrigere Normen

einsetzen werden, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Auch in diesem Bereich wird die Macht großer Unternehmen einen Unterbietungswettbewerb auslösen, dessen Folgen weniger Arbeitnehmer* -freundliche Arbeitsnormen und weniger Rechte für die Arbeitnehmer* sein werden.

Im TiSA-Vertragstext werden Arbeitsmigranten* zudem als „unabhängige Diensteanbieter“ eingestuft und nicht als Arbeitnehmer*, so dass die Arbeitnehmer*-Rechte für sie nicht gelten.

5. TiSA höhlt die Demokratie aus

Wird TiSA unterzeichnet, muss jede Regulierung mit der von der Europäischen Kommission so bezeichneten „verstärkten Regulierungsdisziplin“ übereinstimmen, d.h. die Gesetze dürfen „nicht belastender [sein] als nötig, um die Qualität der Dienstleistung zu gewährleisten“. Diese „Erforderlichkeitsprüfung“ war bereits für das Allgemeine Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) vorgeschlagen worden, wurde aber von vielen Staaten abgelehnt und schließlich nicht aufgenommen. Sie würde demokratisch gewählte Regierungen und Gebietskörperschaften auf jeder Ebene des Staatswesens in erheblichem Maße entmachten, denn von ihnen vorgebrachte Begründungen, eine Regulierung sei in einem bestimmten Falle notwendig, könnten leicht entkräftet werden.

Statt die demokratisch legitimierte politische Entscheidungsfindung unangetastet zu lassen, sieht TiSA vor, den Bürgern, den örtlichen Aufsichtsgremien und den örtlichen/regionalen/nationalen staatliche Hoheitsträgern die entsprechenden Rechte zu entziehen und sie nicht legitimierten Verhandlungsführern in Handelsfragen zu übertragen, die in eindeutiger Weise staatliche Regulierungen abbauen wollen und Unternehmensinteressen Vorrang einräumen.

Die Gesetzgebungsverfahren werden für Lobbyvereinigungen von Unternehmen durchschaubar: Jeder Gesetzesvorschlag muss ihnen übermittelt werden, so dass sie sich an der Formulierung der Regelungen und Gesetze beteiligen können! Andererseits würden viele der TiSA-Verhandlungstexte für mindestens fünf Jahre nach der Unterzeichnung geheim bleiben. Wenn dieses Übereinkommen für die Bürger tatsächlich so eine gute Sache ist, warum soll es dann vor ihnen geheim gehalten werden?

6. TiSA würde der nächsten Finanzkrise den Weg bahnen

Die Deregulierung des Finanzsektors und der Kapitalanlagen, die zum Teil durch die GATS-Regelungen und die Handels- und Investitionsregelungen aus den 90er-Jahren gefördert wurden, haben die gegenwärtige Weltfinanzkrise und die daraus resultierende globale Welle des wirtschaftlichen Rückgangs ausgelöst. Millionen leiden seitdem unter Arbeitslosigkeit, Armut und staatlichen Sparmaßnahmen und lassen uns nicht vergessen, dass eine Neuregulierung des Finanzsektors von entscheidender Bedeutung für eine erneute Stabilisierung und zur Vorbeugung von künftigen Finanz- und Wirtschaftskrisen ist. Fachleute warnen, dass bei einem Inkrafttreten von TiSA, Regierungen nicht imstande wären, Finanztransaktionen wie jene, die einen Zusammenbruch der Banken in den USA und der EU in den Jahren 2007/2008 zur Folge hatten, zu unterbinden.



7. TiSA ist ein Hindernis für Entwicklungsländer

Die Politik der EU im Bereich Handel und Investitionen ist mit der Entwicklungspolitik der EU verknüpft und hat Auswirkungen auf die Entwicklungsländer. Entwicklungsländer, die das Abkommen unterzeichnen, hätten nicht das Recht, ein System der sozialen Einrichtungen zu schaffen, wie sie in Ländern mit einem hohen Pro-Kopf-Einkommen bereits bestehen. Dennoch sind bei TiSA – im Gegensatz zum Allgemeinen Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) – derzeit keine Bestimmungen über eine besondere und differenzierte Behandlung vorgesehen. Zudem wird TiSA möglicherweise die Schuldenlast der Entwicklungsländer erhöhen.

Mit TiSA würden die kleinen und mittleren Unternehmen in Entwicklungsländern einem sehr unfairen Wettbewerb ausgesetzt, denn sie müssten mit international agierenden Großunternehmen um staatliche Aufträge vor Ort konkurrieren. Solche Aufträge könnten unter normalen Voraussetzungen ein wesentliches Instrument für eine nachhaltige Entwicklung aus eigener Kraft sein. Die staatliche Auftragsvergabe im Bereich Dienstleistungen kann in Entwicklungsländern bis zu 20 % des BIP ausmachen. Wird ihnen der Zugang zu diesen Einkommensquellen verwehrt, werden viele örtliche Unternehmen zwangsläufig in Konkurs gehen.

Aber auch Länder, die das Abkommen nicht unterzeichnen, werden betroffen sein. TiSA hat zum Ziel, die Standards für den Handel mit Dienstleistungen weltweit zu setzen und dabei die demokratischen internationalen Gremien zu umgehen, in denen alle Staaten gleichberechtigt vertreten sind. Zur Zeit ist

nur ein exklusiver Klub von Staaten an den Verhandlungen über das Abkommen beteiligt, ihr Ziel ist es aber, andere Staaten später zu einer Teilnahme aufzufordern (oder TiSA sogar in den WTO-Rahmen einzufügen). Viele Länder würden in den Verhandlungen kaum ihre Interessen vertreten können und müssten alle ihnen aufgezwungenen Bedingungen akzeptieren, um nicht aus dem „Klub“ ausgeschlossen zu werden. Selbst wenn ein bestimmter Wirtschaftszweig von diesen Vorschriften ausgeschlossen wäre oder wenn Dienstleistungen (wie etwa Postzustelldienste) in die Zusagen der EU einbezogen würden, und auch wenn dieser Ausschluss sorgfältig gestaltet würde, um eine Liberalisierung durch die Hintertür unmöglich zu machen, würden die nicht zur EU gehörenden Unterzeichnerstaaten dennoch höchstwahrscheinlich dazu gezwungen sein, diesen Wirtschaftszweig zu liberalisieren, wenn die Ausnahme nicht in den Haupttext, sondern nur in die EU-Zusagen aufgenommen wird. Daher besteht beim TiSA die Gefahr, dass die internationalen Handelsbeziehungen zwischen den Ländern immer ungleicher werden.

8. TiSA stellt eine Bedrohung für die Datenschutznormen dar

Eines der wichtigsten Ziele von TiSA ist es, den grenzüberschreitenden Datenaustausch sicherzustellen. Die Verhandlungsführer* betonen, dass dies unter „Gewährleistung des Datenschutzes“ stattfinden werde, aber Skepsis hinsichtlich der unter TiSA tatsächlich vorgesehenen Schutznormen für unsere Daten im Ausland ist angebracht. So hat der Europäische Gerichtshof die „Safe Harbor“-Entscheidung im Oktober 2015 für ungültig erklärt. Mit dieser Entscheidung hat die Europäische Kommission das in den USA geltende Schutzniveau für persönliche Daten für angemessen erklärt. Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs, dass dies nicht mit Unionsrecht übereinstimme, verdeutlicht die Risiken, die TiSA für den Schutz unserer Daten darstellen würde.

9. TiSA und die Gleichstellung der Geschlechter

TiSA wird für die Gleichstellung der Geschlechter in Europa einen großen Rückschritt bedeuten. Aufgrund von geschlechtsbezogenen Unterschieden in den meisten Lebensbereichen wie etwa Zugang zu Bildung, Chancen auf dem Arbeitsmarkt, Zugang zu Dienstleistungen, zu Ressourcen und zur Teilnahme an Entscheidungsverfahren wird ein Handelsabkommen wie TiSA die Rechte der Frauen und damit die Gleichheit der Geschlechter einschränken. So wird etwa der Abbau der öffentlichen Dienstleistungen dazu führen, dass Arbeit, Kosten und Risiken auf den Bereich der unbezahlten Pflege und häuslichen Arbeit verlagert werden. Davon werden vor allem Frauen betroffen sein, die hauptsächlich in diesem Bereich tätig und stärker von öffentlichen Dienstleistungen im Bereich Kinder- oder Altenbetreuung abhängig sind. TiSA wird daher viele Frauen zurück an den Herd zwingen.

Zudem überträgt TiSA dem Kapital rechtliche Befugnisse und stellt eine große Bedrohung für Regelungen dar, die die Rechte von Frauen schützen und die Gleichheit der Geschlechter fördern, wie etwa spezielle Fördermaßnahmen und Quoten, da das Abkommen das Recht von Regierungen aushöhlt, politische Entscheidungen zur Förderung der öffentlichen Erbringung von Diensten zu treffen.

Wir müssen TiSA stoppen! Wir können TiSA stoppen!

Kennt Ihre Gemeindeverwaltung die Einschränkungen und negativen Auswirkungen, die TiSA für Ihre Region haben wird? Einige der TiSA-Vorschriften sehen eine automatische umfassende Liberalisierung für alle Wirtschaftszweige vor, die nicht ausdrücklich davon ausgeschlossen sind. Tritt Ihre Regierung für eine Aufnahme der Wirtschaftszweige in das Verzeichnis ein, die Ihrer Auffassung nach geschützt werden müssen? Sind die Bürger* an diesem Verfahren beteiligt?

Wissen Ihre Nachbarn*, wie sich TiSA auf ihren Lebensstandard auswirken wird? Geben Sie ihnen diese Informationen!

Wird Ihr/e Europaabgeordnete/r für das Abkommen stimmen?

Sorgen Sie dafür, dass Ihr/e Europaabgeordnete/r Ihre Rechte vertritt und nicht die Interessen von Unternehmen!

Beteiligen Sie sich an der Bewegung gegen TiSA. Bürger*-Bewegungen haben 2012 bereits ACTA gestoppt, wir können es schaffen, TiSA, TTIP und CETA jetzt zu stoppen!

Uruguay war seit der Aufnahme der Verhandlungen an diesen beteiligt, hat sich jedoch kürzlich daraus zurückgezogen. Die Bürger*-Bewegungen dort haben die Bedrohung für die öffentlichen Dienstleistungen und die Gesellschaft durch TiSA deutlich gemacht und die Regierung war gezwungen, der Forderung ihrer Bürger* nachzugeben.

Informieren Sie sich und arbeiten Sie mit uns zusammen:

www.insidettip.eu

www.world-psi.org/en/issue/TISA

www.world-psi.org/en/issue/TISA



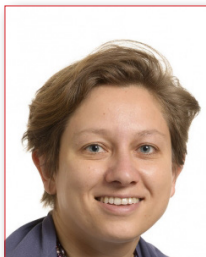
**Diputados del Grupo GUE/NGL de la Comisión de Comercio Internacional
del Parlamento Europeo**



Helmut Scholz
Mitglied



Stelios Kouoglou
stellvertretendes Mitglied



Eleonora Forenza
Mitglied



Patrick Le Hyaric
stellvertretendes Mitglied



Anne-Marie Mineur
Mitglied



Lola Sánchez Caldentey
stellvertretendes Mitglied

*Nähere Auskünfte zu den Informationen in diesem Merkblatt:
paul-emile.dupret@europarl.europa.eu*

Die GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament besteht aus 52 MdEP aus 14 Ländern, die sich für Frieden, Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, Demokratie und Menschenrechte in Europa und weltweit einsetzen.

Erstellt vom Referat Veröffentlichungen der GUE/NGL
GUENGL-Communications@europarl.europa.eu
Fotos: GUE/NGL
Layout: Charli Aron
© GUE/NGL – Brüssel 2015
Gedruckt auf Recyclingpapier

European United Left • Nordic Green Left



EUROPEAN PARLIAMENTARY GROUP

GUE/NGL

www.guengl.eu